

Straßburg wird für den Nato-Gipfel zum Bunker

Verplombte Kanaldeckel, eine weitläufig gesperrte Innenstadt und mehr als 25.000 Polizisten: In Straßburg herrscht vier Tage vor dem Nato-Gipfel der Ausnahmezustand. Es ist der größte Sicherheitsaufwand, der je für eine Veranstaltung dieser Art betrieben wurde. Erwartet werden bis zu 60.000 Demonstranten.

Offiziell heißt es nach wie vor, beim Zusammentreffen der Regierungschefs der 27 Nato-Staaten am kommenden Freitag und Samstag in Straßburg, Kehl und Baden-Baden handele es sich um ein Gipfeltreffen zur Feier des 60. Jahrestages der Gründung der Allianz. Wenn man sich die Vorbereitungen auf der französischen Seite jedoch anschaut, drängt sich der Eindruck auf, hier werde ein größeres Manöver vorbereitet.

Zwischen 30.000 und 60.000 Nato-Gegner wollen den Gipfel zu Demonstrationen nutzen; das französische Innenministerium rechnet damit, dass mindestens 6000 darunter in die Kategorie „casseurs“ gehören: Leute, die gern alles kurz und klein schlagen. In Frankreich ist man zu der Überzeugung gelangt, dass diese Gipfelbesucher nicht nur gewaltbereit sind, sondern auch tatsächlich vorhaben, Gewalt anzuwenden.

Die Stadt Straßburg wird daher in eine Art Festung verwandelt. Die Innenstadt ist in zwei Zonen, eine rote und eine orange aufgeteilt, in die Anwohner und Lieferanten nur mit Passierschein hinein dürfen. Komplett abgesperrt wird das Gebiet um den Palais des Congrès, wo der Gipfel stattfindet, sowie um den Palais des Rohan, wo die Staatschefs die Künste des Sternekochs Émile Jung genießen werden. Offen ist noch, wo der Stargast logieren wird. Die Idee, US-Präsident Barack Obama auf dem amerikanischen Militärstützpunkt Rammstein unterzubringen, wurde verworfen, Gerüchte halten sich, er werde im Straßburger „Hilton Hotel“ absteigen.

Die Universitäten haben den Betrieb vergangene Woche eingestellt, in mindestens 13 Schulen wird der Unterricht ausfallen, Sportanlagen bleiben geschlossen. Die Autobahnen A350 und A35 werden gesperrt, der Güterverkehr 250 Kilometer umgeleitet, die Müllabfuhr ändert ihre Routen, Kanaldeckel werden versiegelt. Es ist der größte Sicherheitsaufwand, der je für eine Veranstaltung dieser Art betrieben wurde.

Zwischen dem 20. März und dem 5. April hat Frankreich das Schengen-Abkommen außer Kraft gesetzt und wird wieder Grenzkontrollen durchführen. 11.000 Gendarmen auf französischer und 14.600 Polizisten auf deutscher Seite werden im Einsatz sein, darunter 85 mobile Einsatzgruppen zur „Erhaltung der Ordnung“, 45 Einheiten der Sondereinsatzpolizei CRS mit etwa 4500 Mann sowie 40 Einheiten der Gendarmerie – deren Mitglieder zum Teil gerade aus dem streikgeschüttelten Guadeloupe zurückgekehrt sind.

Die Pariser Polizei hat die Hälfte ihres Bestandes an Metallstraßensperren – 50.000 Stück – nach Straßburg verfrachtet. Die Strafanstalt in Straßburg-Elsau hat vorsichtshalber 50 Insassen verlegt, um Platz für potenzielle Neuankömmlinge zu schaffen. Richter und

Anwälte halten sich in Bereitschaft. „Ganz Straßburg wird ein Bunker“, fürchten viele Bewohner.

Den Nato-Gegnern hat man derweil ein landwirtschaftlich genutztes Gelände am äußersten südlichen Rand der Stadt zugewiesen, nachdem die Organisatoren der Gegendemonstrationen nicht in der Lage waren, eine Sicherheitsleistung von 20.000 Euro zu erbringen. Neben friedlichen Demonstranten wird sich dort eine bunte Internationale von Nato-Gegnern sammeln.

Mit von der Partie werden sein: spanische Kommunisten, der griechische „Revolutionäre Kampf“, kommunistische Anarchisten aus Italien sowie der nord-östliche Verband der anarchistischen Kommunisten der Vereinigten Staaten von Amerika. Allerdings sind offenbar nicht alle auf Randalen aus, es gibt auch herzerweichend friedliche Demo-Ideen: Am ersten April ist eine „Parade der Clowns“ im „Sicherheitszirkus“ geplant.

Besonders demonstrantenfreundlich hat sich die Stadt bisher nicht gezeigt. In vorausseilendem Gehorsam haben Polizeibeamte Straßburger Bürger dazu angehalten, Anti-Nato-Flaggen von ihren Balkonen abzunehmen. Eine offizielle Anordnung gab es dafür nicht. Der sozialistische Bürgermeister Roland Ries (PS) zeigte sich ebenso überrascht wie empört: „Ich finde es inakzeptabel, dass man versucht, das Recht auf freie Meinungsäußerung der Bewohner einzuschränken“, sagte er.

Auch auf deutscher Seite wird der Ton zwischen Nato-Gegnern und Polizei schärfer. Ein Sprecher des baden-württembergischen Innenministeriums sagte, gegen gewaltbereite Nato-Gegner seien Meldeauflagen verhängt worden. Vor dem Verwaltungsgericht in Freiburg erlitten die Gegner eine Niederlage, als die Richter die Entscheidung für die Demonstrationsroute in Kehl bestätigten. Wegen Sicherheitsbedenken dürfen die Demonstranten bei der Kundgebung am Samstag nicht auf dem Kehler Marktplatz demonstrieren. Erste Ausschreitungen erwartete die Polizei in Freiburg deshalb schon für Montagabend.